<u>Die gelante Annexion und ihr Kontext</u>

Wir sind heute zusammengekommen, um entschlossen gegen die Annexionspläne der israelischen Regierung zu protestieren. Ich möchte nun Einiges klarstellen, was in der Debatte über diese Pläne zu oft untergeht.

Dazu zunächst ein kleiner Überblick:

Im September 2019 hatte der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu seine Pläne vorgestellt, "Souveränität in Judäa und Samaria“ auszuüben. Diese Pläne sehen die Einverleibung des gesamten Jordantals (außer Jericho) und aller illegalen israelischen Siedlungen in das israelische Staatsterritorium vor. Damit würden 30% der Westbank annektiert, von der Stand jetzt nur 18% durch die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) kontrolliert werden. Im Koalitionsvertrag vom Mai 2020 ist eine Klausel enthalten, die es jeder Parlamentarierin aus der rechtsradikalen Regierungspartei „Likud“ möglich macht, ab dem 01.07.2020 eine Annexion zur Ratifizierung im Parlament einzureichen. Die aktuellen Pläne sind Teil eines Wahlversprechens, dass Netanjahu zur Wiederwahl verholfen hat und ihm so auch dabei hilft seinem eigenen Prozess wegen Korruption vorerst zu entkommen.

Nachdem die Trump-Administration die U.S.-amerikanische Botschaft 2018 nach Jerusalem verlegt und 2019 die syrischen Golan Höhen, die Israel 1967 militärisch erobert hatte, als israelisches Staatsgebiet anerkannt hatte, gab sie Anfang 2020 in ihrem „Friedensplan“ „Peace to Prosperity“ bekannt, dass sie einer Annexion von Teilen der Westbank nicht feindlich gegenüber stehen würde. Trump ermutigte die israelische Regierung darüber hinaus Annexion dazu, Hunderttausende von Palästinenser*innen zu „transferieren“.

Eigentlich stand der Annexion also nichts mehr im Weg. Trotzdem wurde am 01.07.2020 nicht annektiert. Das liegt neben dem internationalen Druck von Parlamentarier*innen, Protesten, und Aufrufen zu Sanktionen vor allem daran, dass Israel bald vor dem Internationalen Strafgerichtshof Court in Den Haag wegen Kriegsverbrechen verurteilt werden könnte. Außerdem muss Präsident Trump auf Grund der Corona-Krise aktuell befürchten, eventuell nicht wiedergewählt zu werden. Das benötigte „grüne Licht“ der USA für den tatsächlichen Landraub ist also abhängig von verschiedenen strategischen Faktoren. Ob die offizielle Einverleibung der Gebiete noch vor der Wiederwahl Trumps erfolgt ist unsicher.

Aber auch ohne die offizielle Annexion werden die Palästinenser*innen weiter unterdrückt. Denn, wie Fadi Quran am 13.07 in der Taz es formuliert hat:

„Annexion ist keine drohende Gefahr in der Zukunft, sondern ein bereits seit Generationen andauernder Prozess, der das System definiert, in dem wir leben: völlige Israelische Kontrolle vom Jordan bis zum Mittelmehr, wo Freiheit und Rechte an die Ethnizität eines Menschen gebunden sind.“

Seit der Vertreibung und Entrechtung von 700.000 Palästinenser*innen 1947-1949 durch zionistische Milizen und die israelische Armee, seit dieser Katastrophe, die wir die „Nakba“ nennen, leiden die Palästinenser*innen unter anhaltender systematischer Unterdrückung. 1967 hat Israel ein Besatzungsregime installiert, das bis heute das Leben der Palästinenser*innen in der Westbank und im Gazastreifen bestimmt, sie drangsaliert, entmenschlicht, ermordet, schikaniert, ihre Häuser zerstört, einsperrt. Seit den Osloer Verträgen 1993 schließlich leben die Palästinenser*innen der Westbank in Bantustans und sind von systematischen Apartheidsmechanismen betroffen. Diese Situation wird auch durch die Kooperation der korrupten Palästinensischen Autonomiebehörde mit den israelischen Behörden aufrechterhalten.

Durch die De-facto-Annexion ist außerdem der Gazastreifen seit 13 Jahren isoliert und belagert. Zu dieser Situation, die den Gazastreifen zum größten Gefängnis der Welt macht, kommen die regelmäßigen Luftkriege, bei denen vor allem Palästinensische Zivilist*innen ermordet werden.

Und schließlich haben auch die ca. fünf - sieben Millionen Palästinensischen Flüchtlinge außerhalb Palästinas Verfolgung und Vertreibung erfahren. Sie können nicht in ihre Heimat zurückkehren und leben oft als verdammte Randgruppe nun schon in der dritten Generation in Flüchtlingslagern in den arabischen Anrainerstaaten, die nie sicher waren vor Massakern und anderen Gräueltaten.

Annexion, militärische Expansion, gewaltsame Landnahme, Vertreibung. Das alles ist ein natürlicher und von Beginn an vorhandenem Bestandteil des siedlerkolonialistischen und rassistischen zionistischen Projekts, aus dessen Schoß der israelische Staat entstanden ist.

Was bringt die Zukunft?

Ich möchte drei Dinge aufzählen, die unerlässlich sind für die Befreiung aller Palästinenser*innen und auch für die Befreiung der Israelis.

1. Die internationale Gemeinschaft muss aufhören, den israelischen Staat Israel zu unterstützen, der ohne massiven wirtschaftlichen Druck nichts an seiner Besatzungspolitik ändern wird. Sie muss Sanktionen implementieren, solange Israel mit seiner kolonialistischen Unterdrückung fortfährt. Und dafür sind wir als Deutsche verantwortlich. Wir müssen Druck ausüben auf die Bundesregierung, die sich durch

wirtschaftliche und militärische Unterstützung mitschuldig machen am Leid der Palästinenser*innen.

2. Nur eine starke, progressive, revolutionäre, palästinensische Befreiungsbewegung kann die Palästinenser*innen von ihrer jahrzehntelangen Unterdrückung durch Israel befreien. Nur eine Befreiungsbewegung, die nichts auf die leeren Versprechen der „arabischen Verbündeten“ gibt, die schon zu oft das palästinensische Volk im Stich gelassen haben und die sich von der autoritären und undemokratischen Führung, der Palästinensischen Autonomiebehörde, emanzipiert und den Anspruch hat, die eigene Gesellschaft zu revolutionieren, kann dazu in der Lage sein. Und dafür sind wir als Palästinenser*innen verantwortlich.

3. Nur ein gemeinsames palästinensisch-israelisches Projekt, das allen Menschen, ungeachtet ihrer Ethnizität, Religion und Geschlecht, die zwischen Mittelmeer und Jordan leben und leben wollen, ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, kann fruchtbar sein und Frieden bringen. Diese Vision, die nicht an einen Nationalstaat gebunden sein sollte und die wie die Kurdische Revolution eine befreite Gesellschaft insgesamt anstrebt, ist es, für die es sich auf lange Sicht zu kämpfen lohnt. Und dafür sind wir alle verantwortlich. Danke für Eure Solidarität.